

Ulf von Krause/Johannes Varwick: Krieg in Europa: Über die strategischen Ziele, Lösungsmöglichkeiten und Konsequenzen*

Nach mehr als zwei Jahren Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine diskutieren im Frühjahr 2024 zwei Experten – ein Generalleutnant a.D. und promovierter Politikwissenschaftler und ein Professor für Politikwissenschaft – über die strategische Zielsetzung Putins und des Westens, die Haltung der deutschen Regierung, Abschreckung und Selbstabschreckung, den Zweck von Waffenlieferungen, die Möglichkeiten, erfolgsversprechende Verhandlungen zu initiieren sowie die Konsequenzen des Krieges für die deutsche, europäische und internationale Sicherheitspolitik. Dabei werden Bewertungsunterschiede ebenso deutlich wie Gemeinsamkeiten – und die Notwendigkeit, über diese zentralen Fragen sachlich zu streiten. Fest steht: Dieser Krieg und dessen Ausgang werden die europäische Sicherheitsarchitektur der kommenden Jahrzehnte entscheidend prägen.

Ulf von Krause: Der russische Präsident betreibt seit langem systematisch durch ständige Wiederholung von Drohungen eine Einschüchterung der deutschen Politik und Gesellschaft. Sein Ziel ist, von wirksameren Unterstützungsmaßnahmen der Ukraine abzuschrecken. Er sowie seine Entourage, insbesondere der ehemalige Präsident Dimitri Medwedew, scheuen sich auch nicht, wiederholt mit dem Einsatz von Nuklearwaffen zu drohen. In der letzten Woche angeblich aufgetauchte „Geheimdokumente“ sollen die Angst davor schüren. Dabei stehen die angeblich jetzt aufgetauchten Aussagen zum Nukleareinsatz seit langem in der bekannten russischen Nuklearstrategie. Aber durch das Lancieren von angeblich geheimen Aussagen gelingt es der russischen Propaganda, die vorhandenen diffusen Ängste zu verstärken.

Und Putin hat damit wohl auch Erfolg. Nahezu alle Medien haben das Thema aufgegriffen und wiederholen und verstärken es. Sie tragen damit zu einer Selbstabschreckung bei. Denn sowohl der Bundeskanzler als auch die Mehrheit der deutschen Bevölkerung betonen in

einem fort, man müsse vermeiden, dass der Krieg durch deutsche Unterstützungsmaßnahmen eskaliere, und unterlassen daher solche Maßnahmen oder setzen sie zu zögerlich um. Putin führt uns damit lehrbuchmäßig vor, wie Abschreckung funktioniert. Ständig wiederholte Propaganda und Drohungen mit schlimmen Maßnahmen, also dem Vorzeigen von verfügbaren Instrumenten, führen dazu, dass wir Maßnahmen wie solche zur Unterstützung der Ukraine unterlassen oder zu zögerlich ergreifen. Hinsichtlich des Einsatzes von Nuklearwaffen sind Russlands Drohungen jedoch nicht ernst zu nehmen. Denn die nukleare Abschreckung der USA steht – noch. Und wo bleibt die Gegenabschreckung des Westens?

Der wenig glückliche – weil unabgestimmte – Vorstoß des französischen Präsidenten, man müsse gegebenenfalls auch über westliche Truppen in der Ukraine nachdenken, wäre ein Beispiel, dass auch der Westen mit möglichen schärferen Maßnahmen droht, wenn Russland seinen jeden Tag gegen das Völkerrecht verstoßenden Militäreinsatz

gegen auch zivile Ziele so weiterführt. Das Inaussichtstellen von mehr und deutlich wirksameren Maßnahmen – allerdings weniger konkret formuliert als es zum Beispiel Bundeskanzler Scholz immer tut – um Putin im Ungewissen zu belassen, was wirklich geschieht, wären Schritte zur Wiederherstellung einer Abschreckung aufseiten des Westens. Voraussetzung dafür wäre allerdings eine Einigkeit und klar erkennbare Entschlossenheit der politischen Führung des Westens – und an der fehlt es derzeit.

Johannes Varwick: Das sind legitime Überlegungen, aber ich sehe nicht, dass Abschreckung mit Blick auf den Krieg gegen die Ukraine wirksam ist oder sein könnte, weil sie eben nicht glaubhaft ist. Denn das würde doch bedeuten, für die Ukraine einen Krieg mit Russland zu riskieren – den ich für nicht verantwortbar hielte. Und weil das so ist, muss verhandelt werden. Die westliche Strategie zielt darauf ab, die Verhandlungsposition der Ukraine durch Erfolge auf dem Schlachtfeld zu verbessern. Das ist völkerrechtlich legitim und moralisch verständlich.

Zugleich hat aktuell keine Seite die Fähigkeit, einen schnellen militärischen Sieg über die andere zu erzielen: Russland nicht, weil massiver Beistand des Westens die Ukraine unterstützt, und die Ukraine nicht, weil Russland weiterhin ein hohes Durchhaltevermögen und die Eskalationsdominanz vorweisen kann. Das ist angesichts der düsteren Prognosen der ersten Kriegswochen ein Erfolg für die Ukraine – freilich einer, der mit hohen Opferzahlen, erheblicher Zerstörung des Landes und vollkommener Abhängigkeit von externer politischer, finanzieller und militärischer Hilfe verbunden ist. Die entstandene Pattsituation ist womöglich das

Vorspiel für ein Szenario, bei dem der Krieg in der Ukraine in einen Krieg um die Ukraine umschlägt – und damit dann doch in eine direkte Konfrontation zwischen der Nato oder einzelnen Nato-Staaten und Russland münden kann.

Die Debatte um Bodentruppen zeigt, dass wir uns auf einer gefährlichen Rutschbahn befinden. Notwendig wären vielmehr – auf der Basis einer klaren politischen Verurteilung des russischen Verhaltens – Überlegungen und Optionen für einen Waffenstillstand, der auch stärker an die bisherigen diplomatischen Initiativen aus anderen Teilen der Welt anknüpft. Dies bedeutet keineswegs, „einen Diktatfrieden auf Geheiß Moskaus“ (Kanzler Scholz) zu akzeptieren. Ich habe angesichts der militärischen Lage im März 2024 erhebliche Zweifel, ob es militärisch gelingen kann, die Ukraine wieder „ins Spiel zu bringen“, jedenfalls nicht zu einem vertretbaren Preis (und das meine ich nicht monetär).

Und ich bin mir auch nach wie vor unsicher in der Bewertung der russischen Kriegsziele, jedenfalls habe ich trotz aller Ausfälle von Medwedew etc. nicht die Bewertung, dass es um die Vernichtung der staatlichen Existenz der Ukraine geht. Das richtige Lesen der Kriegsziele ist aber Voraussetzung für ein verhandeltes Ende. Wie auch immer: Es verbleiben nur schlechte Optionen. Für das Nato-Territorium gelten übrigens auch für mich andere Regeln, da ist und sollte die Abschreckung glaubhaft sein.

Ulf von Krause: Sie haben mehrere Punkte angesprochen, die einer detaillierteren Betrachtung wert sind. Ich konzentriere mich als erstes auf den Aspekt der Abschreckung. Diese beruht (1) auf der Fähigkeit, dem anderen untragbar

großen Schaden zufügen zu können, (2) der Glaubhaftmachung, das auch zu tun und (3) der Perzeption beim Gegner, dass dieser tatsächlich damit rechnen muss. Sie haben Recht mit der Feststellung, dass Abschreckung mit Blick auf den Krieg in der Ukraine heute nicht wirksam ist. Vor dem Einmarsch in die Ukraine hätte es allerdings die Chance gegeben, durch die entschlossene Drohung, man werde der Ukraine bei einem Angriff russischer Truppen mit allen, auch militärischen Mitteln zur Seite stehen, Russland vom Beginn des Angriffs abzuschrecken.

Insbesondere die Signatarmächte des Budapester Memorandums, das die territoriale Integrität der Ukraine garantieren sollte – USA, Frankreich und Großbritannien, aber nicht nur diese – wären völkerrechtlich berechtigt gewesen, die Ukraine nach Art. 51 der UN-Charta bei der Selbstverteidigung zu unterstützen. Aufgrund der überlegenen militärischen Fähigkeiten der Nato hätte eine große Abschreckungswirkung entfaltet werden können, die das Risiko eines Krieges minimiert hätte. Aber dem Westen fehlte 2021 die Glaubwürdigkeit, sich militärisch in der Ukraine zu engagieren.

Grund dafür waren (1) die Zögerlichkeit nach Ausbruch des Krieges im Donbass und (2) vor allem wiederholte Erklärungen der westlichen Regierungen, keine Soldaten in der Ukraine einzusetzen, sondern sich auf Sanktionen zu beschränken. Dies ließ Putin freie Hand. Und seitdem ist er systematisch bemüht, den Westen von der Lieferung von mehr und wirksameren Waffen an die Ukraine abzuschrecken, um seine auf dem Schlachtfeld inzwischen erreichte materielle und personelle Überlegenheit auszuweiten. Putin bedient sich dabei der Drohung mit einer

Eskalation des Konflikts auch auf Nato-Staaten, bis hin zu nuklearen Einsätzen. Diese Drohungen werden in Deutschland von den Medien aufgegriffen, in vielfältigen Diskursen verstärkt und so in der Gesellschaft verbreitet. Das führt zu einer Selbstabschreckung der politischen Führung, besonders sichtbar in der Person des Bundeskanzlers, der immer wieder betont, Deutschland dürfe nicht zur Kriegspartei werden (was nach herrschender völkerrechtlicher Meinung nicht durch Waffenlieferungen eintritt). Das lässt außer Acht, dass die Nato in der Perzeption Putins bereits Kriegsgegner ist. Um sich nicht in der Freiheit des Handelns einschränken zu lassen, vor allem aber, um nicht auch noch die Glaubwürdigkeit der Abschreckung bei einem Angriff auf einen Nato-Partner aufs Spiel zu setzen, sollte der Westen glaubhaft mit schärferen Maßnahmen zur Unterstützung der Ukraine drohen, allerdings wenig konkret formuliert, um Putin im Ungewissen zu belassen. Dieses wären Schritte zur Wiederherstellung der Abschreckung aufseiten des Westens.

Johannes Varwick: Sie sagen zurecht, dass wirksame Abschreckung auf einer Mischung aus Fähigkeit und Wille beruht. Bei der Wahl einer Strategie sollten die eigenen Handlungsmöglichkeiten nüchtern ausgelotet und geprüft werden, welche Mittel man tatsächlich bereit ist einzusetzen. Über die Fähigkeit brauchen wir nicht zu streiten, denn natürlich wäre die Nato als Ganzes, aber selbst eine Koalition der Willigen aus einzelnen westlichen Staaten im Kriegsfall Russland militärisch deutlich überlegen. Der Wille aber, für ein (noch) nicht durch die Beistandsgarantie des Nato-Vertrages geschütztes Land wie die Ukraine eine womöglich nukleare Eskalation zu riskieren,

war und ist aus guten Gründen nicht vorhanden. Insofern hätte eine solche Sicherheitsgarantie (Sie nennen es Abschreckung) bereits 2021/22 einem Vabanquespiel geglichen, zu dem damals aus guten Gründen keiner bereit war. Es ist aber meines Erachtens noch schlimmer: Die Ukraine wurde mit dem in Bukarest 2008 grundsätzlich zugesagten Nato-Beitritt in eine geopolitische Grauzone geworfen. Auch wenn aufgrund deutsch-französischer Bedenken die von den USA forcierte Aufnahme hinsichtlich der dafür notwendigen technischen Schritte („Membership Action Plan“) nicht konkretisiert wurde, musste Russland zurecht befürchten, dass die Ukraine immer näher an die Nato heranrücken würde.

Und tatsächlich bekräftigte die Allianz u.a. auf ihrem Gipfeltreffen in Brüssel vom Juni 2021 ihr Beitrittsversprechen, und im November 2021 wurde ein Abkommen zwischen den USA und der Ukraine beschlossen, das u. a. die Beitrittszusage erneuerte und eine sehr weitgehende Kooperation im Verteidigungsbereich vereinbarte. Der Zug der Ukraine in Richtung Nato-Mitgliedschaft nahm also 2021 sichtbar an Fahrt auf. Zugleich war klar, dass eine tatsächliche Nato-Mitgliedschaft der Ukraine nur durch abermaligen einstimmigen Beschluss der Allianz hätte erfolgen können und damit unwahrscheinlich war. Die nicht vorhandene Abschreckungswirkung (mangelnder Wille) wurde trotzdem durch eine unnötige Provokation Russlands (Beitrittsversprechen und zunehmende Annäherung) verschlimmert.

Entweder hätte man die Ukraine also durch Abschreckung inkl. der Bereitschaft, für sie in den Krieg zu ziehen,

glaubhaft schützen müssen – so wie die USA es 2008 wollten. Oder aber man hätte eine Art Pufferzone im Sinne einer neutralen Ukraine als Schlüssel zur Lösung oder Befriedung des Ordnungskonfliktes mit Russland akzeptiert – und darüber verhandelt. In diese Richtung gingen auch die Vorschläge Russlands zur Neuordnung der europäischen Sicherheitsarchitektur vom Dezember 2021. Diesen Weg einer realpolitischen Frontbegradigung waren die USA und ihre westlichen Verbündeten nicht bereit auszuloten, weil man die Existenz von Einflusszonen tabuisierte und die eigenen Prinzipien fundamental setzte.

Ich denke also, der Begriff Abschreckung und die von Ihnen konstatierte Selbstabschreckung sind hier keine brauchbaren Kategorien. Es lohnt sich aber meines Erachtens, gründlicher über die strategische Zielsetzung Putins nachzudenken – denn diese richtig zu lesen wäre ein zentraler Baustein bei der Beendigung des Krieges und der Stabilisierung der Lage.

Ulf von Krause: Sie sprechen einen sehr wichtigen Aspekt an: die strategischen Ziele der Kontrahenten. Dazu folgende Anmerkungen:

Russland: Ihre Zweifel, dass Russlands Kriegsziel die Vernichtung der staatlichen Existenz der Ukraine sei, es ginge vielmehr „nur“ darum, die Osterweiterung der Nato zu verhindern, stoßen sich m.E. an den empirischen Fakten. Russland vollzog 2021 einen umfassenden Aufmarsch an der ukrainischen Grenze und versuchte, einen Operationsplan zur raschen Eroberung von Kiew zu realisieren. Als das scheiterte, eröffnete es einen brutalen Vernichtungskrieg gegen die ukrainische Bevölkerung sowie die zivile Infrastruktur und leitete Maßnahmen

zur „Russifizierung“ der eroberten Gebiete ein. Alle pseudohistorisch und ideologisch geprägten Äußerungen von Putin zur Zielsetzung der „Spezialoperation“ deuten ebenfalls in diese Richtung, selbst wenn man unterstellt, dass sie auch eine starke innenpolitische Zielsetzung haben. Ihre These aus dem „Vorschlag“ vom 17.12.2021 ableiten zu können, ist eine Verkürzung des Inhalts der Initiative. Diese war durch und durch revisionistisch. Sie forderte die Einrichtung einer russischen Einflusszone, die alle ehemaligen Bestandteile der Sowjetunion umfassen sollte. Damit sollte nicht nur ein Verzicht auf die weitere Osterweiterung der Nato verbunden sein, sondern auch das Verbot einer Truppenstationierung in den östlichen Nato-Staaten – was die Axt an die Sicherheitsgarantie des Bündnisses bedeutet hätte – sowie ein einseitiger Verzicht auf die Anwendung militärischer Gewalt in der Ukraine.

Der Westen: Putins Zielsetzung bedeutet die Zerstörung der regelbasierten Ordnung, die sich nach 1990 in Europa herausgebildet hatte. Es ist also das übergreifende strategische Ziel des Westens zu verhindern, dass der Versuch, Grenzen mit militärischer Gewalt zu verändern, von Erfolg gekrönt wird. Dies muss – mit Blick auf andere Konfliktherde auf der Welt (z.B. Taiwan, Aserbaidschan) bzw. die indifferente Haltung des „globalen Südens“ zum Angriffskrieg Russlands – eine globale Signalwirkung haben. Inwieweit vor dieser strategischen Zielsetzung die Beschränkung des Westens auf diplomatische Unterstützung, die Lieferung von Waffen und militärischer Ausrüstung sowie auf Finanzhilfen angemessen ist, steht auf einem anderen Blatt.

Deutschland: aufgrund der historisch bedingten Besonderheiten der deutschen Außenpolitik – Stichworte: Zivilmachtgedenken, Zurückhaltung bei Militäreinsätzen, Beschränkung von Waffenexporten – sind innenpolitische Einflüsse auf die Entscheidungen der deutschen Bundesregierung zur Umsetzung der Bündnisstrategie nachvollziehbar stark ausgeprägt. Dies hat regelmäßig die Umsetzung konkreter Maßnahmen verzögert, was die deutsche Glaubwürdigkeit z.T. beeinträchtigt und ein gemeinsames Vorgehen im Rahmen von EU und Nato behindert. Wie die unterschiedliche Zielsetzung der Kontrahenten sich auf Möglichkeiten und Grenzen von Verhandlungen über einen Stopp bzw. die Beendigung der Kampfhandlungen auswirken, insbesondere welche Rolle Waffenlieferungen spielen, wäre aus meiner Sicht ein zentraler Aspekt, den es gilt, detaillierter zu betrachten.

Johannes Varwick: In der Tat liegt die Herausforderung darin, die strategischen Ziele der genannten Parteien angemessen zu beurteilen. Es ist deutlich geworden, dass sich unsere Annahmen in zentralen Punkten nicht decken. Da verwundert es nicht, dass auch die daraus ableitbaren Strategien zum Ausweg aus der Lage unterschiedlich ausfallen.

Jede ernsthafte Verhandlungsinitiative müsste von der Betrachtung der Ziele beider Seiten ausgehen. Die berechtigten ukrainischen Ziele sind der vollständige Rückzug des russischen Aggressors, die Bestrafung von Kriegsverbrechern und Reparationszahlungen sowie die rasche Integration in Nato und EU. Die russischen Ziele sind weniger eindeutig und umfassen neben der Verhinderung einer ukrainischen Nato-Mitgliedschaft ent-

weder den Sturz der ukrainischen Regierung und die Vernichtung der staatlichen Souveränität der Ukraine oder aber die Annexion der im September 2022 zu russischem Staatsgebiet erklärten vier ukrainischen Oblaste (Donezk, Luhansk, Saporischschja und Cherson) plus der bereits zuvor annektierten Krim. Eine aus Sicht der einen Konfliktpartei definierte Ideallösung ergäbe sich nur, wenn ihre Interessen der einen Seite vollständig durchgesetzt würden. Das entspricht aber nicht der Realität. Weder kann (vermutlich) Russland die gesamte Ukraine unterwerfen, noch wird die Ukraine (sehr wahrscheinlich) all ihre Territorien von russischer Besatzung befreien. Wer sich dann die „ukrainische Friedensformel“ vorbehaltlos zu eigen macht, der lässt den nüchternen Blick für das Machbare vermissen und stellt weder die dafür notwendigen Opferzahlen noch die politischen und militärischen Eskalationsrisiken noch die Wahrscheinlichkeit der Zielerreichung hinreichend in Rechnung. Die ukrainische Friedensformel ist in gewisser Weise gesinnungsethische Maximalposition und utopische Siegesformel, aber keine durchsetzungsfähige Strategie.

Das Ergebnis eines Verhandlungsprozesses kann niemand vorhersagen, aber eine „Erst muss die Ukraine gewinnen und dann schauen wir mal-Strategie“ ist nicht zielführend. Wer eine Lösung will, der muss zudem die russischen roten Linien beachten – oder aber auf eine russische Niederlage setzen und ein Preisschild daran kleben. Bei einer politischen Lösung sollte nicht nur auf Gerechtigkeit geachtet werden, sondern auch auf Schadensbegrenzung, Stabilität und Gleichgewicht zwischen konkurrierenden Interessen. Wenn Verhandlungen auch präventive

Eskalationsverhinderung sind, dann gilt es zu erkennen, dass die Grundlagen des Konflikts sich in den kommenden Monaten und Jahren nicht positiv verändern werden, aber die Kosten des Krieges sich mit jedem weiteren Tag vervielfachen und rasch außer Kontrolle geraten können.

Verhandlungen sind voraussetzungsreich, mühsam und ohne Erfolgsgarantie. Die Lösung auf dem Schlachtfeld zu suchen, ist aber keine verantwortungsvolle Alternative. Das spricht nicht grundsätzlich gegen jede Form von Waffenlieferungen. So bin auch ich für die Ertüchtigung der Ukraine etwa durch Luftabwehrsysteme. Aber ohne eine realistische politische Strategie sind immer mehr Waffenlieferungen der Weg in eine Eskalation, wie etwa die Taurus-Debatte zeigt.

Ulf von Krause: Ich stimme Ihnen zu, dass man für den Beginn von Verhandlungen über eine Beendigung des Krieges von realistischen Annahmen zur Erreichbarkeit der jeweiligen strategischen Ziele ausgehen sollte. Und ich teile auch Ihre Beurteilung, dass die anfangs definierten Maximalziele der Ukraine (Befreiung aller Territorien einschließlich der Krim) unrealistisch erscheinen.

Andererseits ist bei nachlassender Unterstützung der Ukraine durch den Westen aufgrund der ungleich höheren Reserven Russlands und des derzeitigen Trends des Gefechtsverlaufs ein Sieg Russlands – im Sinne einer Zerschlagung der staatlichen Souveränität der Ukraine – nicht auszuschließen. Und ein solcher Ausgang des Krieges stünde der strategischen Zielsetzung des Westens diametral entgegen. Denn diese lautet: Kriege zur Verschiebung von Grenzen dürfen sich nicht lohnen.

Nach der jüngsten Entwicklung des Krieges wäre das Ziel der Ukraine heute somit anders zu definieren. Es geht inzwischen darum, die Lage auf dem Gefechtsfeld dahingehend zu verändern, dass die Kosten für Russland so hoch werden, dass Putin an ernsthaften Verhandlungen interessiert sein muss. Denn er hat inzwischen explizit erklärt, dass es „lächerlich wäre“ zu verhandeln, „nur weil ihnen die Munition ausgeht“.

Welche Opfer die Ukraine dafür wie lange zu tragen bereit ist, kann und sollte nicht in Washington, Paris, London oder Berlin entschieden werden – und auch nicht vom Papst. Dies ist allein eine Entscheidung der Ukrainer. Wir müssen als Folge unserer eigenen strategischen Zielsetzung der Ukraine die dafür notwendigen Ressourcen nachhaltig zur Verfügung stellen. Diese sind sicher vorrangig Luftverteidigungssysteme und Munition. Aber auch der Taurus gehört zu den Ressourcen, die die Situation auf dem Gefechtsfeld zugunsten der Ukraine verbessern können, weil eine Unterbrechung, zumindest eine Verlangsamung der russischen Logistik die Kampfkraft der russischen Truppen an der Front schwächen würde. Und perzipierte „rote Linien“ Russlands dürfen dabei nicht entscheidungserheblich sein.

Aus meinen o.a. Überlegungen zur Abschreckung folgere ich, dass die Bereitschaft und die glaubhafte Entschlossenheit des Westens, das Notwendige zu tun, eine Teilabschreckung wieder herstellen können. Sie werden dazu beitragen, die Kosten-Nutzen-Kalkulation in Moskau dahingehend zu verändern, dass nicht alle militärischen Ressourcen im Ukrainekrieg „verheizt“ werden. Denn wie lange die russische Bevölkerung die

Opfer mitträgt bzw. wann es zu verstärktem Widerstand kommt, ist nicht absehbar, wohl auch nicht für Putin. Und außerdem würde ein längerer Krieg Russland wirtschaftlich und militärisch stark schwächen, was sein Ziel konterkarieren würde, eine stärkere Rolle auf der Weltbühne spielen zu können. Im Folgenden sollten wir noch die Konsequenzen verschiedener Szenarien zur Beendigung der Kampfhandlungen für die internationale, europäische und deutsche Sicherheitspolitik diskutieren.

Johannes Varwick: Für mich unterschätzen Sie, dass es in russischer Perzeption eben ein vitales Interesse ist, in der Ukraine nicht zu verlieren und zumindest die Minimalziele zu erreichen. Der Westen hingegen hat unstrittig wichtige, aber eben keine vitalen Interessen in der Ukraine – genau aus diesem Grund ist ja ein erklärtes Ziel neben der Unterstützung der Ukraine auch die Vermeidung einer militärischen Konfrontation mit Russland. In dieser asymmetrischen Ausgangslage bestünde eine kluge politische Strategie darin, Kompromisslinien auszuloten, die auch Russland einen gesichtswahrenden Ausweg bieten. Jede denkbare Alternative wäre schlechter. Ich sehe also nicht, dass sich die russische Kosten-Nutzen-Relation dadurch verändern lässt, dass mit westlichen Waffenlieferungen ein jahrelanger Abnutzungskrieg befeuert wird.

Zugleich ist natürlich richtig, dass sich, wie Sie schreiben, Kriege zur Verschiebung von Grenzen nicht lohnen dürfen. Die Istanbul Verhandlungen im März 2022 haben daher auch eine Formel gefunden, in der ein Rückzug der russischen Soldaten vor den Stand des 24.2.2022 vorgesehen war und später

über die Krim- und Donbass-Frage verhandelt und ein Modus Vivendi gefunden werden sollen, und zwar im Gegenzug zu einer dauerhaften Neutralität der Ukraine und internationalen Sicherheitsgarantien. Dies schien auch die Unterstützung Chinas gehabt zu haben. Ziel muss sein, zu diesen Gesprächen zurückzukehren, auch wenn das mit jedem Kriegstag schwieriger wird.

Ich möchte zugleich noch einen Gedanken zu der von Ihnen aufgeworfenen Frage äußern, nach der allein die Ukraine über all dies entscheiden müsse. Da ohne massive westliche Unterstützung die Ukraine weder militärisch noch finanziell überleben würde, resultiert schon daraus ein Mitspracherecht. Ich wundere mich darüber, wie man dies anders sehen kann – es wäre doch unklug und präzedenzlos, wenn andere Staaten in solch einer zentralen Frage einem Alliierten einen Blankocheck ausstellen würden.

Was die Konsequenzen für die internationale, europäische und deutsche Sicherheitspolitik angeht, sollte es meines Erachtens das erste Ziel sein, den Krieg weder eskalieren noch dauerhaft auf kleiner Flamme köcheln zu lassen. Der Wiederaufbau einer halbwegs stabilen europäischen Sicherheitsarchitektur kann eines Tages nur dann gelingen, wenn es zu keinem großen und vermutlich nuklearen Krieg des Westens mit Russland kommt. Wer aber auf eine russische Niederlage setzt, der muss erklären, wie er sich diese ohne ein apokalyptisches Scheitern vorstellt. Nach einem hoffentlich erreichbaren Kompromissfrieden stehen dann sicher für viele Jahre Abschreckung und Verteidigungsfähigkeit im Vordergrund, aber es müssen zugleich Formeln einer friedlichen Koexistenz gefunden werden.

Dazu gehören nicht zuletzt auch Rüstungskontrollanstrengungen und vertrauensbildende Maßnahmen, mit denen der Kalte Krieg 2.0 bestmöglich stabilisiert wird.

Ulf von Krause: Kern der Diskussion ist aus meiner Sicht, welche Interessen aus russischer Perzeption „vital“ sind und daher für Putin Grund für das Eingehen des Risikos eines „großen Krieges“ wären (Die Ukraine nicht zu „verlieren“? Verhinderung einer ukrainischen Nato-Mitgliedschaft? Sturz der ukrainischen Regierung oder Vernichtung der staatlichen Souveränität der Ukraine? Behalten der im September 2022 zu russischem Staatsgebiet erklärten Teile der Ukraine? Anerkennung Russlands als Weltmacht?). Wenn der Westen einig und entschlossen ist, eine Verschiebung von Grenzen mit Gewalt nicht hinzunehmen – und das muss ohne Wenn und Aber unser vitales Interesse sein, – dann wird nach meiner Einschätzung Putin aufgrund der wirtschaftlichen und militärischen Überlegenheit des Westens ein solches Risiko für die genannten Ziele nicht eingehen. Mit anderen Worten: Glaubwürdige Abschreckung wird eine Eskalation in einen Weltkrieg verhindern.

Bleibt die Frage, wie der Krieg in der Ukraine zum Stillstand gebracht werden kann. Ich stimme Ihnen zu, dass zur Beendigung dieses Krieges nach Lösungen gesucht werden muss, die für alle Seiten, und damit auch aus russischer Sicht, gesichtswahrend sind. Hierzu wurden einige Denkansätze öffentlich, z. B. die von Ihnen genannten aus den Istanbulen Sondierungen vom März 2022 (aber hoffentlich auch noch weitere im diplomatischen Hintergrund). Solange jedoch Russland sich „auf dem Vormarsch“ fühlt,

ist keine Verhandlungsbereitschaft vorhanden, wie Putin gerade explizit erklärt hat.

Das ergibt die zwingende Notwendigkeit, die Ukraine bis auf weiteres massiv mit Waffen und militärischer Ausrüstung zu versorgen, um eine Niederlage der Ukraine zu vermeiden und die Kosten Russlands für eine Weiterführung des Krieges so hochzutreiben, dass es zu Verhandlungen über eine Waffenruhe, ggf. ein Einfrieren des Konflikts und hinreichende Sicherheitsgarantien für die Ukraine bereit ist. Das geht zulasten der ukrainischen Bevölkerung, die das Leid des Krieges trägt. Daher liegt – und hier wiederhole ich meine Argumentation – die Entscheidung darüber, wie lange und wie viel die Ukraine zu tragen bereit ist, in Kiew. Das kann jedoch, wie Sie zu Recht anmerken, kein „Blankoscheck“ sein. Die Zielsetzung eines „totalen Sieges“ der Ukraine bis hin zur Rückeroberung der Krim wird der Westen sicher nicht unterstützen. Ggf. könnte eine Wiederherstellung der Lage vor dem 24.2.2022 der Ausgangspunkt für weitere Überlegungen sein – so schwer das nach Butscha oder Mariupol aus ukrainischer Sicht auch wäre.

Zu den Konsequenzen für die internationale Sicherheitspolitik: Verfehlt der Westen sein strategisches Ziel, die gewaltsame Veränderung von Grenzen zu unterbinden, weil er nicht einig und entschlossen genug auftritt oder sich sogar durch Selbstabschreckung lähmt, dann wird es immer mehr derartige Versuche auf der Welt geben. Und die Relevanz der Nato und insbesondere von Europa wird drastisch reduziert. Gelingt es jedoch, Putins „Umwerfen des Schachbretts“ der regelbasierten Ordnung (Rüdiger von

Fritsch) zu revidieren, dann ist die Nato durch die neuen skandinavischen Mitglieder und die deutliche Erhöhung ihrer Verteidigungsanstrengungen signifikant gestärkt. Dieses bedeutet eine gute Basis für die Entwicklung einer neuen Sicherheitsarchitektur in Europa, in der natürlich auch Russland seinen Platz finden muss. Und sie darf in der Tat nicht nur auf Abschreckung ausgerichtet sein, sondern auch – wie im Kalten Krieg 1.0 – auf Entspannung und Abrüstung zielen.

Lehren für die deutsche Sicherheitspolitik liegen jetzt schon auf der Hand: Wir müssen vermeiden, durch das konkrete Aufzeigen all dessen, zu dem man nicht bereit ist, die Grundlogik von Abschreckung zu verlassen und uns selbst abzuschrecken. Und wir müssen vor allem gesellschaftlich und wirtschaftlich resilient und militärisch abwehrfähig werden. Diese Ziele können nur mit Einsatz von erheblich mehr Ressourcen erreicht werden – die Zeiten der Friedensdividende gehören endgültig der Vergangenheit an.

Johannes Varwick: Ich teile Ihre Einschätzung, dass es eine wichtige Aufgabe ist, das Verschieben von Grenzen mit militärischer Gewalt nicht zu akzeptieren. Ob das allerdings als unser „vitales“ Interesse bezeichnet werden kann, möchte ich bezweifeln, denn wenn das so wäre, müssten wir alles in unserer Macht Stehende tun. Vitales Interesse ist für mich, unsere eigene staatliche Existenz und Selbstbestimmung zu erhalten und auch einen Krieg mit Russland zu vermeiden – und zugleich unsere weiteren strategischen Ziele zu wahren, aber eben zu einem vertretbaren Preis.

Im Übrigen halte ich auch nichts von der These, dass der Ausgang des Ukrainekrieges Präzedenzfälle für andere

Konflikte oder Regionen schaffen würde, etwa mit Blick auf die Taiwanfrage. Denn es ist doch offenkundig, dass der Preis für solcherlei Aggressionen extrem hoch ist, und wer (wie Russland) bereits ist, diesen zu zahlen, wird sich alleine von seiner eigenen Interessensabwägung leiten lassen. Und was die Lösungsmöglichkeiten betrifft, wäre ja selbst eine Rückkehr zu dem Stand der Istanbul-Verhandlungen nicht die völkerrechtlich reine Lehre, und man könnte auch hier sagen, dass der Aggressor eine Art Belohnung bekäme. Ich würde dies also nicht als „Belohnung“ interpretieren, sondern als einen realpolitisch notwendigen Interessenausgleich bei Wahrung der Kerninteressen beider Seiten.

Konsens haben wir bei der Notwendigkeit der Erhöhung der eigenen Verteidigungsanstrengungen, denn natürlich ist eigene Stärke eine notwendige Bedingung, potentielle Gegner nicht zu einer Aggression zu ermutigen. Genauso richtig scheint mir aber, dass dies für den Erhalt von Sicherheit keine hinreichende Bedingung ist, denn aus der eigenen Stärke resultiert ja immer auch eine Bedrohung des anderen. Dass dieses doch recht einfache „Sicherheitsdilemma“ derzeit nahezu vollständig aus dem Blick geraten ist, ist eine weitere bittere Folge des Krieges gegen die Ukraine. Es stimmt also, dass die Friedensdividende aufgebraucht ist, aber es sollten nicht alle sicherheitspolitischen Lehren vergessen werden, die helfen, dauerhaften Frieden zu gewährleisten.

** Dr. Ulf von Krause war Generalleutnant der deutschen Luftwaffe und in seiner letzten Verwendung bis 2005 Befehlshaber des Streitkräfteunterstützungskommandos. Nach seiner aktiven Dienstzeit hat er Politikwissenschaft studiert und wurde 2010 mit einer Arbeit über den Afghanistanereinsatz der Bundeswehr promoviert. Prof. Dr. Johannes Varwick ist seit März 2013 Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Beziehungen und europäische Politik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Er war Präsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik und ist seit 2014 Herausgeber der Zeitschrift Politikum. Der Austausch fand statt im März 2024.*